

Senator Rabe: Es ist bekannt, daß die Schiffsahrtsverhältnisse in den letzten Jahren recht ungünstig gelegen haben, was die Neigung, zur See zu gehen, sehr beeinflusste; die Karriere erschien nicht so lohnend wie in den früheren Jahren. In letzter Zeit haben sich die Verhältnisse etwas gebessert, so daß hoffentlich wieder auf ein langsames Ansteigen der Schüler gerechnet werden kann.

Bendfeldt: Der Grund, weshalb im Voranschlag für 1911 die Einnahmen der Navigationschule mit einem so großen Minderbetrage gegen die Vorjahre angegeben sind, ist außer den von Herrn Senator Rabe angegebenen Gründen wohl hauptsächlich darin zu finden, daß die Prüfungsvorschriften in letzter Zeit verändert und erschwert worden sind. Die Schüler der Maschinistenschule müssen jetzt ein Jahr längere Vorbildungszeit gegen früher nachweisen, ehe sie zum Schulbesuche oder zum Examen zugelassen werden können, auch ist der Schulbesuch länger, wie er früher war, angelegt. Jeder, der es nur irgend erreichen konnte, hat daher im letzten Jahr die Navigationschule besucht, um noch die Prüfung nach den alten Bedingungen durchzumachen, und es muß daher wenigstens erst ein Jahr Pause vergehen, ehe wieder eine größere Anzahl Schüler sich ansammelt und so weit sein wird, um die Schule besuchen zu können. Wie hier in Lübeck, so ist es jetzt ebenfalls in den hamburgischen, bremischen, preussischen und andern Navigationschulen mit dem Winderschulbesuch bestellt; diese Schulen haben ebenfalls keine größere Schülerzahl, wie es hier der Fall ist, aufzuweisen, auch die Einnahmen werden dort gegen die Vorjahre geringer sein.

Die Zahl der Prüfungen, welche jährlich stattfinden müssen, sind dieselben geblieben. Diese richten sich nicht nach der Schülerzahl, welche reif fürs Examen sind. Es muß daher der im Voranschlag gegen das Vorjahr um 200 M. verringerte Betrag, welcher für diese Prüfungen eingesetzt war, wenigstens vorerst auf dem alten Standpunkt 600 M. bestehen bleiben. Hiermit wird jedenfalls nicht auskommen werden können, da für die Prüfungskommission Erweiterungen vorgesehen sind und ausgeführt werden müssen, welche mit mehr Geldkosten verknüpft sein werden.

v. Schaß: Ich vermissen vom Senatstisch eine Antwort darüber, wieviel Schüler diese Schule besuchen. Die Schule kostet uns nämlich jetzt nach dem heutigen Budget

rund 30 000 M. Ich möchte nun wissen, wieviel Schüler an diesen 30 000 M. partizipieren.

Senator Rabe: Wenn hier die präzise Frage gestellt wird, wieviele Schüler die Schule besuchen, so bedaure ich, eine erschöpfende Antwort nicht geben zu können; derartige Anfragen müssen vorher angemeldet werden. Es wird übrigens aus den Anlagen, die zur Einsicht seitens der Bürgerschaftsmitglieder ausgelegt haben, alles zu ersehen sein.

Art. 69, von Großheimische Privatrealschule.

Die Bürgerschaft beschließt mit Zustimmung der Senatskommissare, Punkt 2 der Tagesordnung mitzuberaten.

Bewilligung eines erhöhten Staatszuschusses an die von Großheimische Realschule für die Rechnungsjahre 1911, 1912 und 1913.

Dr. Gilbert: Ich glaube, in dem Bericht der Oberschulbehörde ist der Antrag des Senates durchaus überzeugend begründet worden, und es wird sich darum in der Bürgerschaft kaum ein Widerspruch gegen den Senatsantrag geltend machen. Ich möchte mir nur erlauben, in Verbindung mit dem Antrage eine Anfrage an den Herrn Vorsitzenden der Oberschulbehörde zu richten. Es tut mir leid, daß ich ihn nicht vorher davon habe verständigen können; ich glaubte aber nicht, daß der Schuletat schon heute zur Beratung kommen würde.

Es wirken an der von Großheimischen Realschule akademisch und seminaristisch gebildete Lehrer. Von diesen beiden Kategorien sind die seminaristisch gebildeten Lehrer insofern günstiger gestellt, als sie, soviel mir bekannt ist, das Recht haben, in den Staatsdienst überzutreten. Damit haben sie dann das Recht auf Altersversorgung gewonnen. Ungünstiger stehen die akademisch gebildeten Lehrer da, die dieses Recht ohne weiteres nicht bekommen können und werden. Sie befinden sich in einer Zwangslage, denn sie haben, wenn sie auch zurzeit ein auskömmliches Gehalt beziehen, keine Aussicht auf eine Altersversorgung. Ich hatte ursprünglich die Absicht, die Bürgerschaft zu bitten, an den Senat das Ersuchen zu richten, ob sich in irgend einer Form eine gesetzliche Regelung der Altersversorgung dieser akademisch gebildeten Herren ermöglichen lasse. Ich habe mich aber durch Rücksprache mit verschiedenen sachkundigen Herren überzeugen lassen, daß ein solches Ersuchen zurzeit unzweckmäßig ist. Es lassen sich